



**Bundestagswahl 2021**

**Wahlperiode 2021 bis 2025**

# **Kernforderungen des Deutschen Jagdverbandes** für artenreiche Wildtierlebensräume und eine nachhaltige Jagd



# Kernforderungen des Deutschen Jagdverbandes für artenreiche Wildtierlebensräume und eine nachhaltige Jagd



## Jagdzeiten und Jagdmethoden

**Die Jagd ist ein Eigentumsrecht. Das Reviersystem mit der flächendeckenden Jagd hat sich in jeglicher Hinsicht bewährt und muss erhalten werden, Einschränkungen müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Jagd dient dem Schutz von Arten, hilft Tierseuchen einzudämmen und reduziert Wildschäden in Wald und Flur.**

Wildbret ist ein hochwertiges, nachhaltig und regional erzeugtes Lebensmittel. Jägerinnen und Jäger leisten zudem mit ihrer Arbeit wichtige Dienste für die Gesellschaft. Sie helfen, Tierseuchen wie die Afrikanische Schweinepest einzudämmen. Die Jagd muss auch in Schutzgebieten weiterhin möglich sein. Insbesondere dort ist das Management von heimischen (z. B. Fuchs) und invasiven Raubsäugetieren (z. B. Waschbär) durch Jagd entscheidend, um Schutzziele überhaupt zu erreichen. Insbesondere deshalb müssen auch aus Gründen des Artenschutzes effiziente und tierschutzgerechte Methoden wie Fang-, Bau und Beizjagd erhalten bleiben. Das AIHTS-Abkommen für eine tierschutzgerechte Fangjagd muss Deutschland – unter Beachtung des Bestandschutzes – endlich umsetzen.

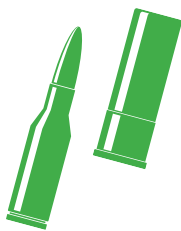


## Wald und Wild

**Für Wildtiere ist der Wald Lebensraum – diese Funktion muss beim Umbau zu klimafitten Wäldern stärker berücksichtigt werden und das Instrument der wildökologischen Raumplanung muss eingesetzt werden. Die öffentliche Hand hat dabei Vorbildfunktion. Verbiss darf nicht monokausal betrachtet werden – Waldumbau nur mit der Büchse funktioniert nicht. Beim Waldumbau sind Jäger, Waldbesitzer und Forstwirte Partner. Gemeinsame Weiterbildung und Kommunikation müssen gestärkt werden.**

Wälder schützen Klima und Grundwasser, liefern Holz, sind Erholungsraum für Waldbesucher – und Lebensraum für Wildtiere. Deren Bedürfnisse müssen beim dringend notwendigen Umbau anfälliger Wälder berücksichtigt werden. Für eine objektive Ursachenanalyse bei Problemen mit der Waldverjüngung ist der Faktor Verbiss nicht ausreichend. Eine Lebensraumbewertung muss jagdliche und waldbauliche Maßnahmen ebenso einbeziehen wie Freizeitnutzung durch den Menschen. Daraus lässt sich ein lokal angepasstes Wildtiermanagement ableiten. Waldumbau nur mit der Büchse ist nicht

zielführend, sondern ein veraltetes Konzept. Eine Naturverjüngung sollte grundsätzlich ohne Schutzmaßnahmen möglich sein, Wiederaufforstung und Waldumbau erfordern allerdings auch waldbauliche Schutzmaßnahmen. Die künftige Bundesregierung sollte Leistungen von Waldbesitzern für die Artenvielfalt stärker honorieren: Heterogene, ökonomisch weniger wertvolle Waldstrukturen wie Altholz, Dickungen oder Offenbereiche sind dafür wichtig und daher förderungswürdig.



### Bleifreie Jagdmunition

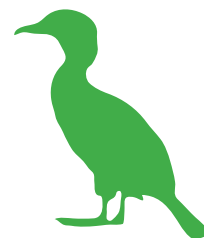
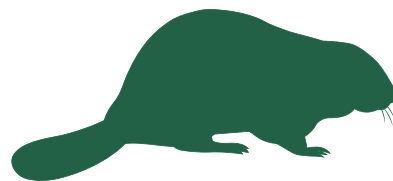
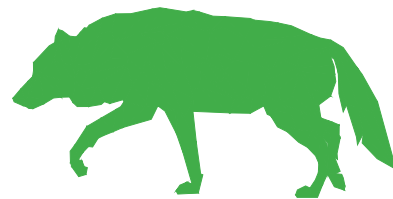
**Für die Umstellung auf Bleialternativen (Jagdbüchsen- und Schrotmunition) zur Jagd braucht es realistische Übergangsfristen. Die Munition muss eine geeignete Wirkweise nach Stand der Technik haben und tierschutzgerecht töten. Die Umrüstung von Schießständen muss mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.**

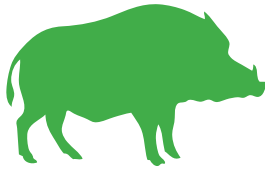
Bleiminimierung in Jagdmunition ist grundsätzlich sinnvoll. Tierschutz, Wirkweise, Präzision, Sicherheit oder Verfügbarkeit sind neben Umwelt- und Verbraucherschutz entscheidende Faktoren. Die Politik ist aufgefordert, verständliche und praxistaugliche Regelungen zu erlassen. Sie muss notwendige Forschung unterstützen und überdies kurzfristig öffentliche Mittel bereitstellen: Vorhandene Schießstände müssen wegen des in absehbarer Zeit europaweit vorgesehenen kompletten Bleiverbots kostspielig umgerüstet werden. Funktionsfähige Schießstände sind essenziell für die tierschutzgerechte Jagd. Insbesondere die Umrüstung muss vollumfänglich mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Auch aus Sicherheits- und Tierschutzgründen ist ein regelmäßiges Schießtraining für Gesellschaftsjagden erforderlich. Ein bundesweit einheitlicher Schießübungsnachweis wird dem gerecht und beseitigt den bestehenden Flickenteppich von Regelungen.

### Streng geschützte Arten wie Wolf, Biber oder Kormoran

**Für bestimmte, streng geschützte Arten im günstigen Erhaltungszustand sind Anhangsänderungen auf europäischer Ebene notwendig. Ein aktives Bestandsmanagement muss sich künftig stärker an regionalen Gegebenheiten innerhalb Europas orientieren.**

Bestimmte streng geschützte Tierarten des Anhangs IV der europäischen FFH-Richtlinie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland positiv entwickelt und sind mittlerweile in einem günstigen Erhaltungszustand. Damit einher geht ein zunehmender Konflikt, etwa bei Wolf oder Biber. Die künftige Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass diese Arten in Anhang V herabgestuft werden, um ein aktives Management in Deutschland zu vereinfachen. Aus demselben Grund müssen die Spielräume der europäischen FFH-Richtlinie künftig voll ausgeschöpft werden. Entsprechendes gilt für den Kormoran in Bezug auf die Vogelrichtlinie. Das Management der Wolfspopulation sollte künftig im Rechtskreis Jagd geregelt werden.





## Afrikanische Schweinepest

**Die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ist eine nationale Aufgabe – die betroffenen Bundesländer brauchen daher mehr Unterstützung. Eine verstärkte Jagd ist sinnvoll und braucht Anreize: Die Direktvermarktung von Wildbret muss vereinfacht werden.**

Das ASP-Virus ist tödlich für Haus- und Wildschweine. Aus Tierschutzgründen und aus wirtschaftlicher Sicht muss seine Ausbreitung in Deutschland eingedämmt werden. Die künftige Bundesregierung muss die betroffenen Bundesländer besser unterstützen und Präventionsmaßnahmen koordinieren. Dazu gehören Förderung und Weiterentwicklung des Tierfund-Katasters inklusive App. Bereits jetzt können Nutzer Wildschweinkadaver bundesweit einheitlich und standortgenau erfassen. Veterinärbehörden vor Ort erhalten schnell die Info dazu. Lebensmittelrechtliche Vorgaben müssen auf den Prüfstand, die Spielräume im Europarecht genutzt werden: Die künftige Bundesregierung muss eine unbürokratischere Direktvermarktung von Wildbret fördern – diese ist Anreiz für eine verstärkte Bejagung. Dazu gehört auch eine bundeseinheitliche praktikable Regelung zum Einsatz von Nachtzieltechnik bei der Jagd auf Schwarzwild. Die verpflichtende Trichinenuntersuchung muss für Jäger bundesweit kostenfrei sein. Der Aufwand für ASP-Monitoring oder Beprobung von Kadavern sollte angemessen entschädigt werden. Ortskenntnis und Engagement der ehrenamtlichen Jägerschaft müssen in der Fläche unbedingt mit einbezogen werden.



## Agrarpolitik

**Artenvielfalt und Artenschutz müssen künftig für Landwirte betriebswirtschaftlich attraktive Produktionsziele sein.**

**Kooperationsmodelle zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sollten auf regionaler Ebene gefördert werden.**

Landwirtinnen und Landwirte erbringen schon heute Gemeinwohleistungen für Umwelt- und Klimaschutz auf ihren Flächen – etwa über das verpflichtende Greening. Zukünftig braucht es attraktive ökonomische Anreize, um das Produktionsziel „Artenvielfalt“ in das jeweilige Betriebssystem zu integrieren. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, Maßnahmen aus erster und zweiter Säule deutlich flexibler zu gestalten und sinnvoller zu kombinieren. Daraus ergeben sich Synergieeffekte. Die Politik muss Biodiversität auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche fördern: Kooperationen von Landwirten mit anderen Interessenten (z. B. Jagd- und Naturschutzverbänden, Wasser- und Bodenverbände) haben großes Potential. Die zukünftige Bundesregierung ist aufgefordert, über einen entsprechenden Rahmen kooperative Ansätze unbürokratisch zu ermöglichen.



## WILD-Monitoring

**Das bundesweite Wildtiermonitoring der Jägerschaft ist ein wissenschaftlich fundiertes Programm für über 40 Arten, das mehr Anerkennung verdient. Dies schließt die Förderung mit öffentlichen Mitteln ein. Daten zu seltenen oder invasiven Arten sind relevant für Managementpläne.**

Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands (WILD): Seit 20 Jahren erheben Jäger in Deutschland Daten zum Vorkommen von über 40 Arten in wechselnder Folge. Das bundesweit größte Monitoring für überwiegend jagdbare Tiere liefert wertvolle Ergebnisse – etwa zur Bestandsentwicklung heimischer und invasiver Arten. Unterschiedlichste Fachbehörden und Institutionen nutzen diesen wichtigen Baustein der ökologischen Umweltbeobachtung – etwa das Bundesamt für Naturschutz im Rahmen der Nationalen FFH-Berichte. Das wissenschaftlich fundierte WILD-Monitoringprogramm muss mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.



## Jagdliche Sozialversicherung

**Jagdrevierinhaber müssen aus der Zwangsmitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entlassen werden. Bei den Sozialwahlen muss Chancengleichheit gesichert werden.**

Die Freiheit bei der Wahl einer jagdlichen Unfallversicherung ist für Revierpächter längst überfällig. Die künftige Bundesregierung muss deshalb das Sozialgesetzbuch entsprechend ändern. Die nicht zu Erwerbszwecken (und ohne Angestellte) betriebene Jagd ist ein Fremdkörper im System der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Ihre Herausnahme würde dieses System insgesamt stärken. Bei den Sozialwahlen darf es nicht um Besitzstandswahrung gehen. Auch andere versicherte Gruppen neben der Landwirtschaft – wie die Jäger – müssen gleiche Chancen auf Beteiligung an der Selbstverwaltung bekommen.



## Waffen

**Die Bundesregierung muss endlich und fokussiert den illegalen Waffenbesitz stärker bekämpfen. Änderungen des Waffengesetzes sind nur sinnvoll, wenn sie tatsächlich zu einem Mehrwert für die innere Sicherheit führen und den illegalen Waffenbesitz eindämmen.**

Aufgabe der Politik muss es sein, den Besitz illegaler Waffen einzudämmen. Für Straftaten werden fast ausschließlich solche verwendet. Weitere Verschärfungen der Waffengesetze treffen allerdings nur Besitzer von legalen Waffen, die in der Kriminalitätsstatistik kaum eine Rolle spielen. In der offiziellen Statistik muss künftig zwischen legalen und illegalen Waffen differenziert werden. Deutschland hat schon jetzt eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. Die Arbeit der Waffenbehörden darf nicht durch noch mehr Bürokratie untergraben werden, sondern muss – etwa durch digitalisierte Prozesse – effizienter werden. Die waffenrechtliche Personenüberprüfung beispielsweise darf nicht durch weitere Vorgaben komplizierter werden.



## Wiedervernetzung

**Die Wiedervernetzung von Lebensräumen und die nachhaltige Entwicklung ökologisch wertvoller Korridore müssen forciert werden.**

Lebensraumzerschneidung ist eine der wichtigsten Ursachen für die Gefährdung der biologischen Vielfalt. Die Umsetzung des Bundesprogramms Wiedervernetzung verläuft jedoch schleppend, unter anderem wegen fehlender finanzieller Unterstützung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, künftig einen eigenen Haushaltstitel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an bestehenden Bundesautobahnen und -straßen einzurichten, etwa für Grünbrücken und andere Querungshilfen. Dafür muss mindestens ein Prozent der Investitionen in Bundesfernstraßen zur Verfügung gestellt werden.



**Deutscher  
Jagdverband e.V.**

Vereinigung der deutschen Landesjagdverbände  
für den Schutz von Wild, Jagd und Natur

Chausseestraße 37  
10115 Berlin

Telefon: 030 2091394-0  
Fax: 030 2091394-30

pressestelle@jagdverband.de  
www.jagdverband.de

